

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Fabrik & Komp., Nr. 30612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Ernst Schmidt, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 2,00 M. Durch den Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 5,00 M.

Redaktion: Weinzierlplatz 10, Tel. 25261.
Zweckverband zur Werbung von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weinzierlplatz 10, Tel. 25261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7spaltige Kopfzeile 20 Pf., Familienanzeigen 10 Pf., die 5spaltige Kopfzeile 3 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefkastennummer 20 Pf.

Nr. 272

Dresden, Dienstag den 25. November 1919

30. Jahrg.

Der Kampf um die Betriebsräte

Vor einer Regierungskrise?

In der Romagierung des Entwurfs für das Betriebsrätegesetz wurde noch einer Mitteilung der D. D. S. die Abstimmung über denjenigen Punkt des Betriebsrätegesetzes, der die Teilnahme der Arbeiter am Aufsichtsrat enthält, vertagt. Die Sozialdemokratie will nach wie vor keine Zugeständnisse machen. Die Reichstagsfraktionen beraten in vertraulichen Sitzungen über ihre Stellungnahme zu dem von demokratischer Seite vorgeschlagenen Hauptentwurf, und es ist noch kein Anzeichen vorhanden, wie angesichts des entschlossenen Eintretens der Sozialdemokratie für die volle Durchführung des Betriebsrätegesetzes und andererseits der von Seiten der bürgerlichen Parteien zu oft betonten Unmöglichkeit, dieses Gesetz unbenutzt anzunehmen, eine Einigung gefunden werden soll.

Die D. D. S. sagen voraus, daß die Demokraten aus der Regierung austreten müßten, wenn das Zentrum sich den Sozialdemokraten anschließt, die Demokraten aber auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren. In beiden bürgerlichen Reichstagsfraktionen ist keine vollkommen geschlossene Stellungnahme vorhanden. Die D. D. S. hält sich von parlamentarischer Seite bedächtig, daß die Beratungen in den nächsten Tagen im Reichstag eingeleitet sind und daß die Möglichkeit eines Kompromisses unter der Teilnahme der Reichstagsfraktionen kaum erkennbar ist. Angewiesen soll mit einer Einmündung der Demokraten zu rechnen sein. Aber auch für diesen Fall liegt eine Regierungskrise nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Die von demokratischer Seite gut informierte Wöhringung schreibt in ihrer Angelegenheit ebenfalls, daß die Zusammenkunft der drei Regierungsparteien anerkennend einer bedenklichen Belastungsprobe unterworfen ist. Bei den Verhandlungen zwischen den drei Fraktionen handelt es sich um ein Kompromiß in den beiden Punkten der Beteiligung der Arbeiter im Aufsichtsrat und in der Bilanzfrage. Auch von dieser Seite wird bestätigt, daß ein Mittelweg noch nicht gefunden werden konnte.

Simson in Berlin

Berlin, 25. November. Ministerialdirektor v. Simson, dessen Abreise aus Paris dort großes Aufsehen erregte, ist gestern Vormittag in Berlin angekommen. Er hat dem Reichstag über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Abreise ist erfolgt, weil in der Angelegenheit der Verlängerung der Hagle neue Instruktionen nötig geworden sind. Weiter wird in der Mitteilung gesagt, ein Zusammenhang mit der offiziellen Haltung des amerikanischen Senats bestünde nicht. Deutschland habe kein Interesse an der Verzögerung, sondern am Abschluß des Friedens. Damit werden auch die Andeutungen hinfällig, als bedeute die Abreise des Herrn v. Simson einen Abbruch der neuerlichen Verhandlungen.

Die Antwort des Obersten Rates

Paris, 25. November. Der Oberste Rat in Paris hat, wie aus Paris gemeldet wird, gestern unter dem Vorsitz Cambons verhandelt. Es wurde beschlossen, der deutschen Abordnung eine Antwort auf die Note zu senden, in der die Konferenz von der Abreise ihrer Bevollmächtigten nach Berlin unterrichtet wurde. Diese Mitteilung wird wahrscheinlich heute veröffentlicht werden.

Der Oberste Rat hat beschlossen, der Bitte der Polen Folge zu geben und die deutsch-polnischen Verhandlungen nach Paris zu verlegen. Die Vertreter der Großmächte haben neuer beschlossen, daß die Verhandlungen zwischen der freien Stadt Danzig und Polen in Danzig beginnen und dort in Paris fortgesetzt werden sollen. Ferner ist der Oberste Rat davon benachrichtigt worden, daß viele deutsche Soldaten in Flensburg und in der Gegend von Schleswig mobilisiert würden. Da es wenig wahrscheinlich ist, daß viele Soldaten alle in diese Gegend gehören, wird eine Untersuchung darüber stattfinden.

Der baltische Herentkessel

Aus Berlin wird berichtet: Das Kabinett wird sich dem russischen Vorschlag, einen neutralen Stützpunkt mit den angrenzenden Provinzen des russischen Reiches in Baltikum zu schaffen, sehr wohlwollend entgegenstellen, daß die Verhandlungskommission zur Prüfung der baltischen Verhältnisse die Beförderung größerer Truppenmassen, die den deutschen Truppen im Baltikum zur Hilfe kommen sollen, abgelehnt hat. Wobei man auch wieder, daß die Truppen von den Führern verführt werden seien, daß zum Teil seitens dieser Führer mit geschickten Versuchen der Reichsregierung gearbeitet worden sei, so müßte doch andererseits wieder daran erinnert werden, daß die Truppen von der Reichsregierung seit Juli aufgelöst wurden, in die Heimat zurückzuführen. Die Entlassung ist daher auf das Konto dieser Vorgänge zu legen. Die Behandlung unserer Kriegsgefangenen ist auch durch diese Vorgänge im Baltikum nachteilig beeinflusst worden.

Weiter schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Ein Berliner Mitteilungsblatt bringt die Nachricht, General v. Eberhardt hat dem Reichswehrminister Losske Mitteilung, Sold und Verpflegung für die Truppen im Baltikum erbeten. Nach dem es abgelehnt, dem Folge zu leisten. In dieser Form dürfte die Nachricht nicht zutreffen. Die Waffenhandlungen sind unterbrochen. Mehrere Vernehmlichkeitsfragen gibt es nicht. Es ist anzunehmen, daß im Rahmen der Möglichkeiten versucht werden wird, den Truppen Sold und Verpflegung zuzuführen, und daß man auch wieder bereit sein wird, sobald diese Truppen die Grenze überschreiten.

Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Heere der deutschen Regionen verschiedener Fronten, darunter das von Pranzis, haben sich südlich von Riga gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Krull in Verbindung gegen Angriffe aus Nordosten und überholende Angriffe aus Südosten. Der linke Flügel hält die Bahn Riga-Schaulen. Hier sind fünf aus Riga kommende Hochleistungsflugzeuge mit vorwiegend deutschstämmigen Piloten von den Russen zusammengekommen. Wäher sind 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet. Es wird berichtet, die Bahnhöfe seien zu halten, damit wenigstens der Vormarsch der übrigen Hochleistungsflugzeuge nicht gestoppt wird. Die Österreicher Division geht anscheinend ziemlich geradlinig aus dem Raum von Riga in die Gegend von Kurajewo, längs der Bahnstrecke Riga-Moravsko, zurück. Die australischen Heere des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raum Moravsko-Wapna sammeln. Nach Anmarsch der Gruppe Pichow, die bei Wdau stand, ist die linke Flanke gegen die von Elbau vordringenden Russen offen. Sie wird durch schwächere Abteilungen östlich des Flügels gedeckt.

Die Wikinger setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Riga-Schaulen fort. Radzivilistisch ist von ihnen belegt. Sie sind weiterhin bei Schaulen vorgerückt. Am Schaulen und im südlichen Gebiet werden starke litauische Verbände gemeldet. Das Generalkommando des 6. Korps befindet sich in Wilk. Die von Schaulen ausgehenden Bahnen sind bis Sjalow in deutscher Hand. Admiral Gornanow wird mit der Entenkommission ebenfalls in Schaulen erwartet. Im ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verheerend.

Die Weibung der Kommander Central-Weise, daß Letten-Worbeck an der Spitze von 3000 Mann, darunter viele seiner Kameraden von Ostpreußen, die Grenze von Ostpreußen überschritten und einen Einfall in Litauen unternommen habe und daß er über 100 Benzinautomobile verfüge, ist in jedem Falle falsch. Letten-Worbeck ist nicht in Ostpreußen, und es ist auch unklar, daß 3000 Mann in Ostpreußen zusammengekommen sind. Auch die Zusammenführung Ostpreußen mit Letten-Worbeck ist gänzlich ausgeschlossen.

Die neue Verfassung Polens

In den Reigen der Staaten mit neuen Verfassungen ist nun auch Polen eingetreten. Die polnische Regierung hat dem Parlament einen Verfassungsentwurf vorgelegt, der folgende grundlegende Punkte enthält:

Die Wahlen in das polnische Parlament finden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und gehehnten Wahlrechts statt. Das Staatsoberhaupt beruht das Parlament ein, eröffnet, verlegt und schließt es. Das Staatsoberhaupt ist verpflichtet, das Parlament in jedem Jahre einzuberufen. Es steht ihm das Recht zu, das Parlament aufzulösen. Dem Staatsoberhaupt steht die sogenannte „Macht des Richters“ zur Seite, die aus dreißig vom Parlament gewählten Mitgliedern, die Abgeordnete sind oder auch außerhalb des Parlaments stehen können, und aus dreißig vom Staatsoberhaupt ernannten Personen zusammengesetzt ist. Der „Macht des Richters“ kommt nur das Recht des Protektions (Veto) zu. Das Staatsoberhaupt ist wieder Oberkommandierender der Wehrmacht. Seine Wahl findet durch allgemeine Volksabstimmung statt, in der das Parlament zwei Bewerber vorschlägt. Die Wahl findet alle sieben Jahre statt. Im Falle des Ablebens des Staatsoberhauptes wählt sein Amt ein Inhabender „Rat der Drei“, der sich aus dem Parlamentarisch, dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes zusammensetzt. Im Falle einer mehr als drei Monate währenden Verhinderung des Staatsoberhauptes wird der „Rat der Drei“ durch das Parlament einberufen. Jeder Angehörige des polnischen Staates, der da, 11. Lebensjahr vollendet hat, kann zum Staatsoberhaupt gewählt werden. Das Staatsoberhaupt in dem Staate wieder in politischer, wenn in sonst einer Beziehung verantwortlich.

Sozialdemokratie und Landwirtschaftsfragen

Von H. Krähig, Berlin.

Das Verhältnis der Landwirtschaft zur Sozialdemokratie ist noch immer kein so vertrauliches, wie es im Interesse der Partei und auch im Interesse der Allgemeinheit notwendig wäre. Es nicht etwas zwischen beiden, was das Vertrauen nicht aufkommen läßt. Dieses etwas ist auf Seiten der Landarbeiter, der Mangel in der Vertraulichkeit mit den Existenzfragen der Landwirtschaft, zum Teil auch eine gewisse politische Vereinigenommenheit gegen die Landwirte, und bei den Landwirten ist es eine ebensolche politische Vereinigenommenheit gegen die Industriearbeiterklasse, die genährt wird durch den natürlichen Argwohn, der in jedem Bauern steckt. Der Bauer hat in seiner Wirtschaft, sei es beim Vieh, sei es bei der Feldbestellung oder bei der Ernte ständig mit Widerwärtigkeiten zu kämpfen. Das bringt ihn dazu, daß er seiner ganzen Umgebung mißtrauisch gegenübersteht. Man kann ruhig sagen, von seiner Berufstätigkeit aus gesehen, ist derjenige Bauer ein schlechter Bauer, der nicht mißtrauisch ist, denn er wird nicht den Scherzjann aufbringen, der für die Abwicklung einer möglichst günstigen Vieh- und Feldwirtschaft nötig ist. Wenn also der Bauer allem Fremdarbigen mißtrauisch oder gar mißtrauisch gegenübersteht, so ist das nur der Ausdruck einer im Kampf ums Dasein erworbenen guten Eigenkraft, und weiß nicht die der Bauern von etwas Prognostizieren oder gar Feindseligem. Man muß eben die Gründe, die heißt die natürliche Mißtrauischheit der Bauern kennen, wenn man sich einen Zugang zu ihr verschaffen will.

Man objektiv betrachtet hat die Sozialdemokratie alle Ursache, den Bauernstand wegen seiner produktiven Eigenschaften hoch zu achten. Der Bauernstand ist neben dem Arbeiterstand der wertvollste Repräsentant der Arbeit. Und die Partei, die sich zum Ziele gesetzt hat, die Arbeit vor Ausbeutung zu schützen, darf auch in dieser Beziehung nicht an der Arbeit des Bauern vorbeigehen. Es steht durchaus nicht so, daß der Bauer keine öffentlichen Anteil seiner Existenz notwendig hätte.

Eigentlich sollte man noch außerdem annehmen können, diese zwei wichtigsten Repräsentanten der Arbeit, die Arbeiter und die Bauern, müßten die besten Freunde zu einander sein. Das ist leider nicht der Fall. Und daß es nicht so ist, das liegt zum Teil an der verschiednen, verschiednen sozialen Lage der beiden Berufsgruppen, zum Teil aber auch daran, daß die Arbeiter, die besonders in den letzten Jahren so stark die Kollektiven waren, während der Bauer, als Erzeuger von Lebensmitteln weniger unter der Not litt, die Existenz des Bauern und die Motive für seine Handlungen nicht immer objektiv beurteilten, woraus sich dann auf der Gegenseite die Verärgerung, ja wohl gar die Feindschaft entwickelte.

Es waren auch hier die Begleiterscheinungen des Krieges, die zu den unerquicklichen Zuständen führten.

Man objektiv betrachtet, haben beide Erwerbsstände durch diese Begleiterscheinungen des Krieges viel Schrecken und Nachteile gehabt. Es wäre ferner für beide Berufsgruppen besser gewesen, wenn sie zur Lösung der dieser Nachteile engste Verbindung miteinander gehalten hätten. Viel Verbitterung würde dadurch verhindert worden sein. Denn der Arbeiter würde dann die Möglichkeit gehabt haben, zu sehen, wo den Bauer der Kriegschmerz drückt, und umgekehrt hätte der Bauer die Not des Arbeiters näher gefühlt bekommen. So aber hat man nicht nur einander vorbeigeredet, sich gegenseitig beschweren, Bauer und Feldarbeiter genannt, sondern noch gegenseitige Mißverständnisse großgezogen.

Und leider muß gesagt werden, daß es in dieser Beziehung auch heute noch so ist.

Nach der Resolution versuchte man durch Landarbeiter- und Bauernräte ein Organ zur Verständigung über Volksernährungsfragen zu schaffen. Aber man kann wohl sagen, daß jeder Versuch in dieser Richtung mißlungen ist. Und so wird nun, was sich nicht wieder einander vorbeigeredet und aneinander geschimpft, ja leider auch gegeneinander sabotiert. Das kann ja nicht gut sein! Es soll ruhig zugestanden werden, daß der Bauer vielweniger einen recht stark ausgeprägten egoistischen Instinkt besitzt. Aber wenn man objektiv sein will, muß man zugestehen, daß der Egoismus auch in der Bauernschaft sehr verbreitet ist. Nur hat man in allen Kreisen die Be-

Zeichne mit 500 Mark bar und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe